gewungene Ueberschwemmung mit deutscher Kohle verlor England seine kontinentalen Abnehmer gänzlich, ein Zustand, der sich durch eine sprungweise Verbilligung der amerikanischen Kohle, deren Preis unter den der englischen sank, noch beträchtlich verschlimmerte und den England nicht lange auszuhalten vermochte.

Die englische Regierung entschloß sich also kurzerhand, von ihrem Rechte der Aufhebung einer Kriegsmaßnahme Gebrauch zu machen, und gab den Kohlenhandel nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, im August, sondern mit Wirkung vom 1. April an frei. Die Grubenbesitzer, deren Gewinne schon längst auf den Staatszuschuß beschränkt waren und die in der letzten Zeit sogar 4 bis 16 Schilling pro Tonne Verlust buchen mußten, glaubten, die bis dahin in allen Grubenbezirken einheitlichen Löhne nunmehr nach einwandfreien privatwirtschaftlichen Grundsätzen regeln zu können, und stießen dabei auf den Widerstand der Arbeiter, denen es weniger auf die Lohnhöhe ankam, die in manchen Bezirken nicht wesentlich herabgedrückt wurde, sondern die vor allem das ihnen zugesprochene Vorrecht der gleichen einheitlichen Löhne gewahrt wissen wollten. Zudem sahen sie nach Aufgabe der staatlichen Kontrolle weitere Fortschritte bedroht, die sie auf dem Wege zur „Nationalisierung" des Bergbaues zugebilligt erhalten hatten, so das seinerzeit von dem Arbeiterführer Brace in Vorschlag gebrachte und tatsächlich auch eingesetzte Lohnamt, das Prinzip des nationalen Lohnstandards, der Mindestlöhne für gleiche Tätigkeiten u. a. m. Sie bestehen auf der Forderung der Aufrechterhaltung ihrer Vorrechte, nachdem sie sich anfangs sogar geweigert haben, in irgendwelche Ausgleichsverhandlungen einzutreten. Der Druck, den sie auf Regierung und Grubenbesitzer ausüben, ist der Druck der Gewalt und der Sabotage. Sie lassen die Gruben ersaufen und verhindern die Notstandsarbeiten und verüben, wie dies vor kurzem auch bei uns in Mitteldeutschland der Fall war, Gewaltakt auf Gewaltakt. Die Regierung hat Gegenmaßnahmen ergriffen, vor einigen Tagen den Ausnahmezustand erklärt, der mittlerweile für die schottischen Grubenbezirke zum Belagerungszustande wurde, die Londoner Garnison mobilisiert, auswärtige Truppen zurückgezogen und nach Lancashire und Warwick, den am meisten gefährdeten Bezirken, Maschinengewehr- und Artillerieformationen entsandt, aber sie hat bis zur Stunde die Revolutionierung des Landes nicht unterdrücken können.

Ueberwältigend baumt sich der von Kommunisten geleitete Aufruhr auf. Die Gruben werden von bolschewistischen Elementen im Sturm genommen und mit Gewalt unter Wasser gesetzt, Lebensmittel werden ohne Bezahlung aus den Geschäften geholt, und die Waffendepots werden geplündert. Ob Lloyd George dieser Situation gewachsen ist, ob er tatsächlich noch „die Mittel und Wege" finden wird, die er dem Parlament zur Niederwerfung des Aufstandes zu finden versprach, ob seine verspätet eingeleitete Aktion, durch Vermittlung der zur Nachgiebigkeit neigenden Grubenbesitzer die Verhandlungen mit der Arbeiterschaft wieder aufzunehmen, von Erfolg begleitet sein wird, sind Fragen, die zur Stunde nicht beantwortet werden können. Augenblicklich tobt der Kampf, die offene Revolution, die leicht eine bedeutende Verschärfung erfahren kann, wenn sich die Gerüchte bestätigen, daß die Iren die Verworrenheit der Lage auszunutzen gedenken, ihren nur mit Mühe unterdrückten Freiheitskampf wieder aufzunehmen.

Lloyd Georges Maßnahmen zur Unterdrückung der Streikbewegung.

London, 8. April. Unterhaus. Lloyd George teilte mit, daß er an Freiwillige appelliere zur Bedienung der wichtigen Verkehrsmittel und zur Einreihung als Spezialkonstapler für die Schaffung einer besonderen Notstandspolizei. Auch sei es nötig, Reserven von Heer und Flotte zu den Fahnen einzuberufen. Die Nation stehe zum ersten Male in der Geschichte dem Versuche eines Zwanges durch Zerstörung ihrer Hilfsquellen gegenüber. Große organisierte Körperschaften der Bergarbeiter verhinderten durch Drohung und Gewalt die Pumparbeiten in den Gruben. Die Regierung sei entschlossen, die Freiwilligen zu schützen. Sie werde von allen Hilfsmitteln der Allgemeinheit Gebrauch machen. (W. T. B.)

Die freiwillige Polizei besteht aus Bürgern, die sich verpflichtet haben, in Krisenzeiten zur Aufrechterhaltung der Ordnung Polizeidienste zu versehen. Sie müssen den Eid leisten und werden mit Uniform und Waffen ausgerüstet.

London, 8. April. Die Vertreter der Bergarbeiter entschieden sich dahin, daß Lloyd Georges Bedingung, die Sicherung der Bergwerke müßte der erste Gegenstand einer Erörterung sein, einer Konferenz mit den Bergwerksbesitzern im Wege stünde. Die Vertreter setzten sich sofort mit den anderen Mitgliedern des Dreibundes wegen eines gemeinsamen Vorgehens in Verbindung. (wtb.)

London, 8. April. (Reuter.) Eine geheime Versammlung der Exekutivausschüsse der Eisenbahner und Transportarbeiter hat bekanntgegeben, daß der volle Streik des Dreibundes am Dienstag um Mitternacht beginnen soll, wenn nicht die Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern wieder aufgenommen werden. (W. T. B.)

Die Not des Saargebietes.

Berlin, 8. April. Im „Lok.-Anz." schreibt ein Teilnehmer an der jüngsten großen Saardeutschen Kundgebung in Kassel: Weiteste Kreise des deutschen Volkes sind über die Not und über den Druck, unter dem die Saarbevölkerung steht, noch immer nicht genügend unterrichtet. Für Deutschland ist das Saargebiet unentbehrlich, für Frankreich hat es nur sehr geringfügige Bedeutung. Die Verwelschung aber, die von der französischen Propaganda und von der in französischem Sinne arbeitenden Regierungskommission angestrebt wird, bedeutet nach allen bisherigen Erfahrungen den wirtschaftlichen Ruin des Saargebietes.

Ein Terror sondergleichen ruht auf dem Volke.

Obwohl das Saargebiet der Verwaltung des Völkerbundes unterliegt, herrscht heute noch das französische Militär dort, in Verbindung mit der seelenfangerischen, vor nichts zurückschreckenden Propaganda. Jede Aeußerung, die irgendwie diesen beiden Gewaltfaktoren nicht gefällt, selbst wenn sie im Sinne der Vertragsbestimmungen lautet, wird mit Ausweisung der betreffenden Person bestraft. Rücksichtslos werden auf Grund gemeiner Spitzelberichte und Denunziationen Familienmitglieder auseinandergerissen, Existenzen vernichtet und Freiheit und Recht des einzelnen und der Gesamtheit mit Füßen getreten. Die französische Politik will nichts weiter, als das Saargebiet trotz der Bestimmung des Friedensvertrages, endgültig Frankreich einverleiben, nicht um der Bevölkerung willen — denn auch die französischen Staatsmänner wissen ganz genau, daß sie ein unverfälschtes, rein deutsches Volk ist —, sondern um des Kohlen- und des Industriereichtums willen.

Klipp und klar geht die Not und die Bedrückung, unter denen das Saargebiet zu schmachten hat, aus der Entschließung hervor, die die Versammlung im Namen des Volkes an der Saar an das ganze deutsche Volk und an alle zivilisierten Völker, insbesondere an die dem Völkerbunde angeschlossenen, richtet: Helft dem Volke an der Saar, befreit es von seiner politischen und moralischen Unfreiheit, Rechtlosigkeit und Tyrannei! Laßt nicht zu, daß ein hochzivilisiertes Volk im Herzen Europas als willenloser Spielball des französischen Propagandaregimes mißbraucht wird! Erhebt gemeinsam Eure Stimme vor dem Völkerbund. Er soll durch den gemeinsamen Appell aller endlich einmal erkennen, daß Euch bitteres Unrecht geschieht von einer Macht, die nur egoistische und materielle Interessen verfolgt auf der Basis der Lüge.

Der Wirrwarr der preußischen Regierungsbildung.

Berlin, 8. April. Im preußischen Landtag haben heute sämtliche Fraktionen die Frage der Regierungsbildung beraten. Außerhalb der mehrheitssozialistischen Fraktion ist man aber nicht geneigt, die im „Vorwärts" vertretene Ansicht, daß die einzig übrig bleibende reale Möglichkeit die Rückkehr zur alten Koalition wäre, ernst zu nehmen. Es ist allerdings unverkennbar, daß die Sozialdemokratie die alte Koalition mit allen Mitteln beibehalten will, wobei sie neuerdings Oeser als möglichen Ministerpräsidenten in den Vordergrund schiebt. Ein Zeichen dafür, daß Zentrum oder Demokraten nach links hin umfallen werden, ist bisher noch nicht erkennbar. Das Bild der Lage ist geblieben wie es war: hoffnungslose Verwirrung, aus der niemand einen gangbaren Ausweg namhaft zu machen weiß. Ob das für heute nachmittag erwartete Eingreifen des Reichspräsidenten Ebert die Lage wesentlich zu verbessern vermag, bleibt noch abzuwarten.

Die demokratische Fraktion vertrat laut „B. T." den Standpunkt, daß der Ministerpräsident unter allen Umständen gewählt werden müsse. Diesem müsse es dann überlassen bleiben, auf Grund eines von ihm ausgearbeiteten Programmes mit den einzelnen Parteien in Verhandlungen einzutreten und sich ihre Unterstützung zu sichern.

Der voraussichtliche preußische Ministerpräsident.

Berlin, 8. April. Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, wird der Zentrumsabgeordnete Herold preußischer Ministerpräsident werden. (W. T. B.)

Die Beratungen der Finanzminister.

Stuttgart, 8. April. Ueber die Konferenz der Finanzminister wird amtlich mitgeteilt: Durch die Annahme der Steuernovelle wird der Ertrag der Einkommensteuer ungünstig beeinflußt, einmal dadurch, daß der Prozentsatz des Tarifs wesentlich herabgesetzt worden ist, dann aber auch dadurch, daß den Gewerbetreibenden auf eine Reihe von Jahren eine starke Abschreibung gestattet ist. Endlich ist auch die Besteuerung der Mindesteinkommen fortgefallen. Die Finanzkonferenz versuchte aus diesen Gründen, für die Länder und Gemeinden einen höheren Prozentsatz der Einkommensteuer als die bisherigen zwei Drittel vom Reiche zu erlangen. Außerdem sollten den Gemeinden statt 5 Prozent Umsatzsteuer 15 Prozent zugewiesen werden. Eine Einigung kam jedoch in beiden Punkten nicht zustande. Das Reich wollte nur eine Erhöhung der Umsatzsteuer um 5 Prozent gewähren. In den nächsten Tagen wird der Reichsfinanzminister weitere Verhandlungen hierüber mit dem Städtetag führen.

Landtagsauflösung in Thüringen?

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Weimar, 8. April. Heute nachmittag hat in der 60. Sitzung der Präsident des Landtages von Thüringen einen Antrag der Rechtsfraktion auf Auflösung des Hauses verlesen. Der Antrag geht weiter dahin, die Regierung zu veranlassen, Vorbereitungen zu Neuwahlen gemäß § 66 der Verfassung vorlegen lassen.

Ministerpräsidentenwahl in Mecklenburg.

Schwerin, 8. April. Bei der heutigen Wahl eines Ministerpräsidenten im Landtage wurden 66 Stimmzettel abgegeben, davon 3 unbeschrieben. Gewählt wurde der Vorsitzende des letzten Ministeriums Stelling (Soz) mit 36 Stimmen. Dr. Reincke-Bloch (D. Vp.) erhielt 27 Stimmen. Der Landtag hat sich bis zum nächsten Dienstag vertagt. (W. T. B.)

Todesurteil gegen die Hallenser Attentäter.

Halle, 8. April. Das heute zusammengetretene Hallesche Sondergericht verhandelte, nachdem es einen Tischlerlehrling wegen Mitlaufen in einem bewaffneten Haufen zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt hatte, gegen den Zuchthäusler Paul Jakob aus Ammendorf, den Verüber der beiden Eisenbahnattentate bei Ammendorf und Gröbers. Durch Vernehmung von Zeugen und das Geständnis Jakobs ergab sich, daß er seit Monaten plante, einen D-Zug zur Entgleisung zu bringen, um den Postwagen und die „im D-Zug sitzenden Fettwänste auszuplündern". Er wollte dann sofort ins Ausland gehen. Er sei es müde gewesen, immer nur kleine Dinge zu drehen. Unmittelbar vor Einlaufen des D-Zuges habe er die Schienen gelockert, aber durch einen glücklichen Zufall ist der D-Zug, ohne zu verunglücken, darüber hinweggelaufen. Jakob ist dann nochmals auf den Bahnkörper gegangen und hat die Schiene umgestellt und dadurch die Entgleisung der beiden Güterzüge verursacht. Jakob wurde wegen des Bahnattentats bei Ammendorf zum Tode, wegen des Attentats bei Gröbers zu 12½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Handgranaten-Attentäter vor Gericht.

Halle, 8. April. Das Sondergericht in Torgau verurteilte 18 Kommunisten, die am 25. März die Kaserne zu stürmen und die Elbbrücke mit zusammengebundenen Handgranaten in die Luft zu sprengen versucht hatten, wobei zwei Angehörige der Reichswehr verwundet worden waren, zu Zuchthausstrafen von 5 bis 6 Jahren und Ehrenrechtsverlust von 5 Jahren. Ein Teil der Angeklagten bezeichnete sich als Verführte und nahm das Urteil mit lautem Weinen auf. Als der Verbrecher, der beim Kommunistenüberfall des Vorortes Ammendorf Dynamit in das dortige Bahnhofsgebäude legte und durch Dynamit die Eisenbahnbrücke beschädigte, ist jetzt der Arbeiter Schatz aus Ammendorf ermittelt worden. Er hat aus den Kämpfen mit der Schutzpolizei eine Verwundung davongetragen und liegt in hoffnungslosem Zustande in der Klinik.

Das Urteil im Kommunistenprozeß Vater.

Magdeburg, 8. April. Im Kommunistenprozeß Vater wurde heute das Urteil gesprochen. Der Hauptangeklagte Privatier Albert Vater aus Magdeburg wurde freigesprochen, da ihm das zur Last gelegte Vergehen nicht nachgewiesen werden konnte. Der zweite Hauptangeklagte Maschinenschlosser August Jakobs aus Stendal wurde zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Ferner wurden folgende Strafen verhängt: Drei Angeklagte erhielten je 6 Monate Gefängnis, drei je 5 Monate, ein Angeklagter 4 Monate, acht Angeklagte je 3 Monate. Die übrigen neun Angeklagten wurden freigesprochen. Der Haftbefehl gegen Jakobs wurde aufgehoben. Den Verurteilten wurde nicht nur die Untersuchungshaft, sondern auch die erlittene Schutzhaft auf die Strafe angerechnet. (W. T. B.)

Kommunistische Roheit.

Berlin, 8. April. Der mehrheitssozialistische Parteisekretär Tinnler aus Gladbeck wurde in Mörs bei den Unruhen von den Kommunisten aus seiner Wohnung geholt und zu Tode gemartert. Die Mehrheitssozialisten versuchen zurzeit Stimmung für eine Amnestie für die Gefangenen der kommunistischen Unruhen in Parlamentskreisen zu machen. Ein Amnestieantrag wird von den Unabhängigen und Kommunisten im Landtag eingebracht werden.

Aufdeckung der Kommunistenorganisation in Ostpreußen.

Berlin, 8. April. Nach einer Blättermeldung aus Königsberg ist in Neuhäuserwalde bei Lablau der Kommunistenführer Belitz verhaftet worden, in dessen Besitz ein Notizbuch mit genauen Angaben über die kommunistische militärische Organisation Ostpreußens gefunden wurde.

Hindenburg an Ludendorff.

Zu General Ludendorffs 57. Geburtstag stellte Generalfeldmarschall v. Hindenburg der „München-Augsburger Abendzeitung" folgende Zeilen zur Verfügung:

Am 9. April, dem Geburtstage Ludendorffs, gedenke ich so ganz besonders meines treuen Waffengefährten.

Beseelt von glühender Liebe zu Thron und Vaterland, kühn, zuversichtlich und verantwortungsfreudig, klar in der Beurteilung der Lage, ein Meister in der Anordnung der Operationen und in der Schaffung wie Verwendung der Kampfmittel, von unermüdlicher Tatkraft, so stand er mir zur Seite in allen Stürmen des jahrelangen Ringens gegen eine Welt von Feinden. Das kann ich ihm nie genug danken!

Möge sich bei uns die Erkenntnis von der Bedeutung und dem Wert einer solchen Persönlichkeit manchen unerfreulichen Anfeindungen gegenüber immer mehr klären, und möge es Deutschland in künftigen schweren Zeiten nicht an Männern fehlen, die gleich Ludendorff ihr ganzes Denken und Tun selbstlos nur einem Ziele weihen: dem Siege unserer Fahnen, dem Wohle des Vaterlandes!

v. Hindenburg.

Gegen die Lüge von der deutschen Zerstörungssucht

richtet sich ein Aufruf, den die Bundesleitung des Deutschen Offizier-Bundes

an alle Angehörigen des ehemaligen deutschen Kriegsheeres und der Marine

erläßt. Es heißt darin:

In der letzten Rede Lloyd Georges in London ist wiederum behauptet worden, daß die schweren Zerstörungen in Frankreich und Belgien nur zu einem kleinen Teil den Kampfhandlungen, zu einem überwiegenden aber der planmäßigen, mit Vorbedacht durchgeführten Zerstörungssucht der Deutschen zuzuschreiben seien. Um das englische und französische Volk für diese These einzufangen, beabsichtigt die Entente, eine Zusammenstellung von Photographien der zerstörten Gebiete herauszugeben.

Es gilt, der Wirkung dieser Propaganda entgegenzutreten, dadurch, daß deutscherseits gezeigt wird, in welchem ungeheuren Umfange die Zerstörungen den feindlichen Heeren selbst zur Last fallen.

1. durch das mehrjährige Trommelfeuer ihrer überwältigend überlegenen Artillerie,

2. durch ihr Fernfeuer auf weit hinter der Front gelegene, für die Operationen kaum in Betracht kommende Städte und Dörfer ferner durch das englische und französische Feuer bei Verfolgung der deutschen Truppen im Jahre 1918,

3. durch militärisch unnötige Fliegerangriffe auf friedliche belgische und französische Städte, Dörfer und die Industrie-Anlagen.

Dazu werden zweckdienliche Photographien der einzelnen Zeitabschnitte und Ortschaften dringend benötigt. In Betracht kommen vor allem: Die Städte und Dörfer der Kampffront der Abwehrschlachten. Hierbei wäre es wertvoll, durch Photographien die allmählich fortschreitende Entwicklung der Zerstörung durch das feindliche Feuer zu belegen; also Photographien derselben Städte und Dörfer aus den einzelnen Kriegsjahren bis 1918. Besonders ferner Photographien der Städte Lens und des umliegenden Kohlengebietes nebst Grubenanlagen und der Vorstädte von Lille, Lamberfart, Le Marais, Hallennes, Erquinghem, Haubourdin, Sante, Ancoisne, Emmerin, Novelles, die vom 1. bis 16. Oktober 1918 ohne militärische Notwendigkeit von den Engländern fast gänzlich zerstört wurden, bis dahin aber erhalten geblieben waren. Noye 1917, Noyon 1918 (war bei der März-Offensive noch gut erhalten, wurde dann erst durch feindliches Feuer zerstört); Origny und Guise, bis 1917 gut erhalten, dann durch feindliches Feuer zerstört; Saint Quentin aus dem Jahre 1917 das nach Beziehen der Siegfriedstellung bekanntermaßen lediglich durch englisches und französisches Feuer zerstört wurde. Offende, das einschließlich seiner Kirchen vom See- und vom Landheer durch die Engländer beschossen wurde; Laon 1917, La Fere, Montdidier, von Elsaß-Lothringischen Städten und Dörfern. Ferner aus der Zeit des deutschen Rückzuges 1918 von Douai, Denain, Cambrai, Valenciennes, Solesmes, Caudry, Le Quesnoy, Le Cateau. Bilder der Grubenanlagen von Longwy, Briey, die wiederholt das Ziel der französischen Flieger waren. Von Antwerpen, dessen Hafenviertel 1917 durch feindliche Bombenangriffe ungeheuren Schaden erlitt. Von anderen Städten und Dörfern, die durch feindliche Fliegerangriffe beschädigt worden sind. Schließlich Bilder von Kirchen, die durch feindliches Feuer oder Flieger zerstört sind.

Auf allen Photographien wäre auf der Rückseite anzugeben: a) Ort und Datum der Aufnahme, ob durch feindliches Artilleriefeuer (englisches oder französisches) ob durch Fliegerangriff usw. zerstört; b) die Namen und Adressen der Einsender. Die Photos, soweit sie nicht ausdrücklich als entbehrlich bezeichnet werden, werden dem Einsender zurückgestellt. Sollten Duplikate vorhanden sein oder der Einsender in der Lage sein, eine Kopie auf eigene Kosten herstellen zu lassen, so würden wir für völlige Ueberlassung der Photos angesichts des hochbedeutsamen, vaterländischen Zweckes ihrer Verwertung, sehr dankbar sein. Einsendungen des Gesamtmaterials an die Presse-Abteilung des Deutschen Offizier-Bundes, Berlin W. 9, Potsdamer Straße Nr. 22b, mit dem Kennwort „Kriegsbilder".

Bevorstehende Entscheidung über Oberschlesien.

Berlin, 8. April. Der französische Botschafter reist Anfang kommender Woche nach Paris, wohin sich auch General Lerond begibt. Die entscheidenden Beratungen in Paris über Oberschlesien werden nach der Ankunft der beiden Vertreter beginnen.

Der Verbandswunsch auf Teilung Oberschlesiens.

Wien, 8. April. Einem Vertreter des „Neuen Wiener Tageblattes" erklärte eine hervorragende Ententepersönlichkeit über die oberschlesische Frage, es sei wohl ausgeschlossen, daß das Land ungeteilt bleibe da sich einzelne oberschlesische Kreise unzweideutig für Deutschland, andere für Polen ausgesprochen hätten. Aeußerst schwierig sei nur die Lösung des Wirtschaftsproblems. Hierbei falle für Deutschland weniger die Kohlenfrage ins Gewicht. Deutschland besitze am Rhein und im Industriegebiet Kohlen genug, um auf die oberschlesische Kohlenproduktion angewiesen zu sein. Viel mehr ins Gewicht fielen für Deutschland die übrigen reichen Industrien in Oberschlesien, wie die Eisen-, Blei-, Zink- und Kunstdüngerindustrie. Hier seien ungeheure Werte investiert, und diese Industrien im Interesse der Allgemeinheit zu erhalten, werde die wichtigste Aufgabe bei der Entscheidung über Oberschlesien bilden.

Der schlesische Städtetag für die Unteilbarkeit Oberschlesiens.

Neiße, 8. April. Der heute hier zusammengetretene und stark besuchte außerordentliche schlesische Städtetag nahm unter starker oberschlesischer Beteiligung einstimmig eine Entschließung an, daß nach den Ergebnissen der Volksabstimmung und nach auf genauer Kenntnis von Land und Leuten beruhender Ueberzeugung kein Teil Oberschlesiens von Deutschland abgetrennt werden dürfe, ohne dauernd ernstlicher wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Zerrüttung anheim zu fallen. (W. T. B.)

SLUB
Wir führen Wissen.